

Änderungsantrag

der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4506, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen,

den folgenden Titel des Einzelplans 06 um 10 Mio. DM zu erhöhen:

06 35 Bundeszentrale für politische Bildung

Titel 532 02-156 Politische Bildungsarbeit

Nummer 10: „Für die Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Vorurteile“.

Bisher eingestellter Betrag: 800 000 DM.

Berlin, den 27. November 2000

**Petra Pau
Ulla Jelpke
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

1998 widersprach der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, entschieden der Auffassung, dass der Antisemitismus in Deutschland abgenommen habe. Er wandte sich damit gegen die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), wonach die steigende Zahl antisemitischer Straftaten keine entsprechenden Einstellungen der deutschen Bevölkerung widerspiegele. Bubis wies damals weiter darauf hin: Früher hätten sich die Antisemiten „geniert“, sich zu ihrer Einstellung zu bekennen und offen aufzutreten. Mittlerweile erhalte er viele Briefe von Antisemiten, die auch einen Absender enthielten. Auch die Anzahl der Hetzbriefe habe sich erhöht (vgl. Junge Welt, 23. Februar 1998). In diesen Hetzbriefen werde ihm u. a. eine „Einmischung in unsere deutsche Politik“ vorgeworfen (FR, 6. März 1998). Wenige Tage später stellte Bubis auf einer Veranstaltung fest, dass Antisemitismus „kein Tabu“ mehr sei. Nach seiner Einschätzung

würden über 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland „latent oder manifest“ antisemitisch eingestellt sein (FR, 6. März 1998).

Diese Einschätzung von Ignatz Bubis wird heute auf erschreckende Weise durch eine Studie des Potsdamer Jugendforschers Dietmar Sturzbecher und des Sozialwissenschaftlers Ronald Freytag belegt. Nach ihrer Erhebung sind 10 Prozent der Jugendlichen in Brandenburg „eindeutig jüdenfeindlich“. In Nordrhein-Westfalen seien lediglich 4 Prozent der Jugendlichen „krass antisemitisch“. In Brandenburg könnten sich 76 Prozent der männlichen und 57 Prozent der weiblichen Befragten nicht vorstellen, mit einem Juden befreundet zu sein. In Nordrhein-Westfalen lehnten 28 Prozent der Jungen und 19 Prozent der Mädchen eine Freundschaft mit Juden ab. Der Sozialwissenschaftler Ronald Freytag bilanziert die Ergebnisse der Erhebung: „Antisemitismus ist in Brandenburg auf dem Weg zur Mehrheitsmeinung“ (Berliner Zeitung, 8. September 2000).

Es sei daran erinnert: Eine EMNID-Umfrage von Anfang 1994 – im Auftrag des Amerikanischen Jüdischen Komitees – kam zu folgenden Ergebnissen:

- 22 Prozent der Deutschen wollen keinen jüdischen Nachbarn haben,
- 44 Prozent der Westdeutschen und 19 Prozent der Ostdeutschen meinten, dass „die Juden den Holocaust für ihre Zwecke ausnutzen“,
- 30 Prozent der Westdeutschen und 20 Prozent der Ostdeutschen sind nach dieser Umfrage „gegen einen Juden als möglichen deutschen Bundespräsidenten“.

Derartige Umfragen ermuntern heute Vertreter neofaschistischer Parteien zu der Einschätzung, dass man mit antisemitischer Hetze seinen Aktionsradius und seine Basis in der Bevölkerung verbreitern könne.

Auch in konservativen Kreisen werden antisemitische und den Holocaust leugnende Stimmen wieder in zunehmendem Maße vernehmbar. Das „Ostpreußenblatt“, die Zeitung der Landsmannschaft Ostpreußen, hatte bereits vor Jahren das Buch „Streitpunkte“ von Ernst Nolte, in dem dieser sowohl die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden als auch die Existenz der Gaskammern in Auschwitz anzweifelt, positiv rezensiert. Der von Noltés Äußerungen offenbar begeisterte Autor schrieb damals: „Den Atem verschlägt es einem, wenn Nolte (...) auch die Frage nach ‚sechs Millionen‘ und dem Vorhandensein von Gaskammern stellt, dass die Antwort nicht bereits vorgegeben ist“ (Ostpreußenblatt, 23. April 1994).

Die antisemitischen Straftaten bewegen sich in Deutschland weiter auf einem hohen Niveau. Eine vom brandenburger Landes-Präventionsrat gegen Kriminalität und Extremismus geförderte Studie von Adolf Diamant kommt zu dem Ergebnis, dass von 1945 bis 1999 etwa 1000-mal jüdische Friedhöfe geschändet wurden (Newsbote, 19. September 2000).

Es sei auch hier noch einmal der mahnende Verweis von Ignatz Bubis erwähnt. Er hatte darauf hingewiesen, dass 1992 in Deutschland 80 jüdische Friedhöfe geschändet worden seien; das waren so viele Verwüstungen wie insgesamt zwischen 1926 und 1931 in der Weimarer Republik registriert wurden.

Vor diesem Hintergrund sollen die Mittel für Bildungsarbeit und Aufklärung deutlich erhöht werden. In Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen und Verbänden sollen Konzepte entwickelt werden wie antisemitischen Einstellungen in der bundesdeutschen Gesellschaft gezielt entgegengetreten werden kann. Der Deutsche Bundestag sollte die Anregung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, aufgreifen, dass man den Jugendlichen in Deutschland „mehr Kenntnisse der historischen Ereignisse und der Leistungen von Juden für Wirtschaft und Kultur vermitteln“ müsse (dpa, 21. September 2000).